



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/74

27. Juni 1949

Die Lage der deutschen Juden

H.P. In Deutschland gab es vor 1933 etwa 600 000 Juden. In den ersten Jahren des Hitlerregimes bis zu Kriegsausbruch konnten etwa 250 000 auswandern. Heute gibt es in ganz Deutschland, ausgenommen die Teile, die von Polen oder Russland besetzt sind, etwas mehr als 20 000 deutsche Juden. Nach Angaben des Zentralkomitees für befreite Juden sind etwa 6 000 deutsche Juden aus Konzentrationslagern zurückgekehrt. Das Durchschnittsalter der jüdischen Gemeinden wird mit 50 - 60 Jahren angegeben. Während vor 1933 sehr viele deutsche Juden akademische Berufe ausübten, sind jetzt nur noch etwa 150 jüdische Akademiker in Deutschland tätig.

Es wird allgemein angenommen, dass es die Absicht der Juden in Deutschland ist, möglichst schnell das Land zu verlassen. Dies wäre psychologisch voll verständlich. Trotzdem ist diese Annahme irrig. Die Gründe dafür sind sentimentaler und materieller Natur. Der größte Teil der deutschen Juden war von jeher bestrebt, sein Judentum hauptsächlich als eine Glaubensgemeinschaft aufzufassen, er hatte sich daher weitestgehend der deutschen Lebensart angeglichen. Die meisten fühlten sich in erster Linie als Deutsche, verbunden durch die Sprache, Kultur und viele andere Umstände. Auch heute wollen die meisten Überlebenden Juden wieder als freie Deutsche leben und arbeiten, zumal die älteren. Die Länderparlamente haben, meistens auf Initiative der SPD, verschiedene Gesetze erlassen, wie z.B. das Wiedergutmachungsgesetz, Haftentschädigungs- und Rückerstattungsgesetz usw., die es ihnen ermöglichen, entweder ihr früheres Eigentum zurückzuerhalten zu bekommen, oder eine Entschädigung bzw. Rente erhalten. Damit ist ihre materielle Existenz einigermaßen gesichert, während sie sich bei einer Auswanderung erneut eine wirtschaftliche Basis schaffen müssten.

Es gibt so gut wie gar keine Jugend. In Berlin gibt es z.B. 750 Kinder zwischen 14 - 18 Jahren und 600 Kinder bis zu 14 Jahren, in Köln dagegen nur etwa 60 Kinder unter 16 Jahren. Deswegen können sich die jüdischen Gemeinden nur selten erlauben, eigene Schulen oder Kindergärten zu unterhalten. Interessant ist, dass die Zahl derer, die noch heute vereinzelt Deutschland verlassen, übertroffen wird durch eine gewisse Rückwanderung von Juden nach Deutschland. Diese setzen sich zusammen aus deutschen jüdischen Flüchtlingen, die während des Krieges in Skandinavien, Frankreich und den Beneluxstaaten gelebt

27.6.1949

haben, dort aber nicht recht Fuss fassen konnten und nun im Hinblick auf die neuen, gesetzlich festgelegten Möglichkeiten zurückkommen. In Köln z.B. sind im letzten Monat 67 Juden ausgewandert und 90 eingewandert.

Während die deutschen Juden in den Westzonen, je nach Stärke ihrer Gemeinde, ein kulturelles Leben entwickeln können, ist die Lage in der Ostzone für diese Menschen erbärmlich. In allen jüdischen Gemeinden sitzen Spitzel der SED und im Zuge des Kampfes gegen den "Kosmopolitismus" hat dort das jüdische Geistesleben besonders schwer zu leiden. Schon die Auswanderungsabsicht wird als Verrat ausgelegt. Viele dieser Juden, die gern auswandern möchten, werden allein davon abgeschreckt, dass sie alles neu erworbene Eigentum zurücklassen müssen. Im Ostsektor von Berlin, wie auch in der Ostzone, sind eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinden verschwunden. Der Antisemitismus war in der deutschen Arbeiterschaft nie besonders stark, er grassierte mehr in den mittelständischen Schichten. In Übereinstimmung mit führenden jüdischen Persönlichkeiten in Deutschland kann gesagt werden, dass der Antisemitismus heute kaum stärker ist als in anderen Ländern auch. Es gab nach der Kapitulation im Jahre 1945 antisemitische Wellen. In jedem Falle wurde festgestellt, dass die Träger dieser Kampagnen kleine organisierte Gruppen waren. Der Antisemitismus ist jedoch verstärkt worden durch den Einfluss der demoralisierten jüdischen DP's. Im Interesse der deutschen Juden wie des Weltjudentums überhaupt, haben sich daher alle Stellen bemüht, diesen Menschen so wirksam wie möglich bei der Auswanderung zu helfen. Das tut besonders eifrig die International Refugee Organisation (IRO), die sich bemüht, die noch vorhandenen etwa 60 000 jüdischen DP's in Deutschland noch im Laufe dieses Jahres auswandern zu lassen. Deutschland ist ausserdem, so paradox es klingen mag, zum Asylland für diejenigen Juden geworden, die nach der Kapitulation im Jahre 1945 durch die Progrombestimmungen in Osteuropa ihre Länder verliessen. In dem Masse, in dem es gelingt, diese Flüchtlinge zusammen mit den anderen DP's aus Deutschland zu evakuieren, wird der Antisemitismus eine weitere Angriffsfläche verlieren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat seit ihrem Bestehen sich wärmstens für die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland eingesetzt. Das hat sich nicht geändert. Wie damals, so finden sich heute in ihren Reihen und an hervorragenden Plätzen jüdische Menschen. Sie hat stets jede Form des Antisemitismus abgelehnt und tut das selbstverständlich auch heute.

- - - - -

Nach Benelux Da-No-Sve?

Von Dr. Helmuth Gättschalk, Kopenhagen

Nach dem Schiffbruch der militärischen Bündnisverhandlungen zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark hat man in den drei Ländern besonderen Wert auf die Forcierung des wirtschaftlichen Programms einer nahen Zusammenarbeit bzw. Zollunion gelegt. Die treibende Kraft war der dänische Nationalbankdirektor, der Sozialdemokrat Bramsnaes, auf dessen Veranlassung Anfang 1948 die erste interskandinavische Konferenz von Wirtschaftsexperten der drei Länder in Oslo zusammentrat, um die Bedingungen und Möglichkeiten einer Zollunion nach dem Beispiel der Benelux-Staaten zu untersuchen. Im Endziel schwebt besonders den dänischen Initiatoren auch eine Münzunion vor. Die interskandinavische Kommission wird binnen kurzen einen fertigen Plan vorlegen können.

Besonders auf schwedischer Seite hat dies jedoch zu einigen Bedenken geführt. Einmal missgönnt man vielfach diesen Erfolg einer sozialdemokratischen Regierung. Schwerer wiegt das Bedenken, dass ein solcher Regierungsplan auf Kosten gewisser Sonderinteressen gehen könnte, deren Vertretung den Oppositionsparteien besonders am Herzen liegt.

In Norwegen, wo man ganz und gar auf den nächstmöglichen Kontakt mit dem grossen Welthandel eingestellt ist, fürchtet man, dass ein zu umfassender skandinavischer Zusammenschluss auf Kosten der Verbindung zur grossen Welt gehen könnte. Gerade von dänischer Seite wird aber immer wieder unterstrichen, dass eine wirtschaftliche Sammlung Skandinaviens in jeder Hinsicht zu einer Stärkung der gesaatskandinavischen Wirtschaft führen soll und muss. Auf jeden Fall wird alles dies zu einer frühzeitigen Veröffentlichung der bisherigen Untersuchungen führen, so dass sie in aller Ausführlichkeit in den Herbsttagungen der skandinavischen Parlamente debattiert werden könnten. Der enge Zusammenhang dieser Pläne mit den auf lange Sicht berechneten Plänen für Marshall-Investierungen liegt auf der Hand.

Ohne der Debatte des Planes vorzugreifen, kann man heute schon sagen, dass die industrielle Zusammenarbeit der skandinavischen Länder sehr bedeutende Möglichkeiten hat. Die Eisen- und Stahlindustrie der drei Länder z.B. soll ihre Produktionsprogramme aneinander anpassen, wobei jeder der Partner sich auf bestimmte Produkte und Typen spezialisieren wird. Dänemark hat auf dem Gebiet der chemischen Industrie Möglichkeiten, die Produktion der übrigen Länder zu ergänzen. Die drei Länder haben zusammen einen Exportüberschuss an Zement und werden eine gemeinsame Export- und Preispolitik durchführen. Schweden wird wahrscheinlich für eine gemeinsame Produktion eines skandinavischen Traktors eintreten, wobei die drei nationalen Industrien sich auf eine hochspezialisierte Fabrikation der Teile einigen werden, während die Sammelfabrik in Schweden unter Führung des Autokonzerns Volvo entstehen wird. Die dänischen, schwedischen und norwegischen Schiffswerften werden so weit wie möglich auch auf eine Arbeitsverteilung in der Baupolitik auf lange Sicht einigen können. Einer der wichtig-

sten Punkte ist das norwegische Elektrifizierungsprogramm. Zur Zeit werden gemeinsame skandinavische Untersuchungen für einen Ausbau der enormen norwegischen Wasserkraft durchgeführt. Der Ausbau dieser Naturkräfte erfordert eine Anstrengung, die nur von allen drei Ländern zusammen bewältigt werden kann. Danach sollte jedoch die norwegische Krafterzeugung annähernd genügen, um den Import der devisenverschlingenden Industriekohle weitgehend zu ersparen. Das alles sind nur Einzelheiten des Programmes. Eine besonders schwierige Angelegenheit ist das Problem der Landwirtschaft. Die hochentwickelte dänische Landwirtschaft würde den Norwegern und Schweden eine unerträgliche Konkurrenz machen. Hier wird es notwendig sein, das Idyll der Zollunion durch restriktive Ausnahmeregelungen für Agrarprodukte zu unterbrechen. Auf lange Sicht wird jedoch auch hier eine Angleichung erfolgen können, da sowohl Schweden als auch Norwegen ein Langzeitprogramm hat, das den Aufkauf und die Einziehung der schlechtesten und kleinsten, am teuersten und wenigsten produzierenden Höfe vorsieht. Nur auf diese Weise kann Schweden übrigens seinen enormen Bedarf an industrieller Arbeitskraft zu decken hoffen. Das Inkrafttreten einer Da-No-Sve-Zollunion im Laufe des Jahres 1950 ist durchaus möglich. Die Bedeutung für den deutschen Markt liegt vor allem darin, dass auf lange Sicht mit einer Verminderung der Exportchancen von Massengütern, Kunstdünger etc. zu rechnen sein wird, wogegen die grossen Industrieprogramme neue Markt-Chancen für Spezialmaschinen usw. eröffnen werden.

Flüchtling gegen Flüchtling

sp. Nachdem die CDU-CSU in Bonn acht Monate ohne Zugeständnisse das reine Mehrheitswahlrecht und damit den offenen Kampf gegen alle Kinderheiten propagiert und betrieben hatte, machte sie sich plötzlich zum Vorkämpfer für "Sonderflüchtlingwahlkreise".

Auch alle anderen Parteien, insbesondere die SPD, haben diese Anregung sehr ernsthaft geprüft und kamen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass mit einer solchen Regelung dem Flüchtlingsproblem nicht beizukommen sei. Die CDU forderte übrigens die Flüchtlingswahlkreise einmal nur da, wo die Wohndichte der Vertriebenen die Bildung noch übersehbarer Wahlkreise mit etwa 200 000 Vertriebenen möglich mache, in den schwächer mit Flüchtlingen besiedelten Gegenden sollten die Flüchtlingswahlkreise nicht gebildet werden. Darüber hinaus aber sollte das Wahlsystem Mann gegen Mann beibehalten werden und in den Flüchtlingswahlkreisen grossen Umfangs Flüchtling gegen Flüchtling den Wahlkampf führen und hinter dem "Sieger" vor den Karren einer Partei gespannt, die anderen Flüchtlingskandidaten auf der Strecke bleiben. Demgegenüber forderte die Mehrheit in Bonn ein gesundes Proporzsystem, bei dem jegliche echte Minderheit, und das dürften gerade die Vertriebenen darstellen, zu voller Wirkung kommt. Die sozialdemokratische Partei kann wohl kaum besser unter Beweis stellen, wie ernst es ihr um das Flüchtlingsproblem ist, als sie es getan hat.

In der Hauptstadt Niedersachsens - Hannover - sind zwei Wahlkrei-

so, in einem kandidiert Kurt Schumacher, im anderen Schulter an Schulter mit ihm ein echter Ostvertriebener. Nur in Verbindung mit einer starken Fraktion im Parlament können die Flüchtlingsvertreter für ihre Leidensgenossen wirksam werden. D.

Baumgartner in der Mitte

Eig. Bericht München

Der Landesparteitag der Bayernpartei in Passau hat für den politisch Interessierten kaum Überraschungen gebracht. Dr. Baumgartner wurde gegen eine geringe Opposition aus Niederbayern erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Interessanter ist schon die Wahl der Stellvertreter gewesen. Anton Donhauser, der zu der gemäßigteren Gruppe innerhalb der Bayernpartei gehört, wurde wiedergewählt, ihm zur Seite, aber gleichberechtigt, Dr. Hermann Etzel aus Bamberg gestellt. Dr. Etzel gehört zu der radikalen Gruppe innerhalb dieser Partei, die die Eigenstaatlichkeit Bayerns will und einen losen Staatenbund als äusserstes Kompromiss betrachtet. Dieser Mann, ehrgeizig, klug und selbstbewusst, kann als der zukünftige Inspirator der BP bezeichnet werden. Er ist in dem Triumvirat Baumgartner-Donhauser-Etzel, die gemeinsam den Landesvorstand bilden, zweifellos die stärkste Persönlichkeit.

Wenn auch, besonders von Dr. Etzel in Passau, sehr scharfe Worte gegen den Landesvorsitzenden der CSU, Dr. Hans Ehard, gefunden wurden und die BP ihn wegen Verstosses gegen die bayerische Verfassung vor den Verfassungsgerichtshof stellen will, so soll man doch die Dinge nicht überschätzen. Es handelt sich dabei nur um einen "Familienstreit". Sowohl für die CSU, als auch für die BP steht der Kampf gegen die "Marxisten" als Nummer 1 in ihrem Programm.

Schon kurz nach seiner Wahl sprach Dr. Baumgartner von der Möglichkeit einer Koalition mit der CSU. Man will aber die Wahlen abwarten, um festzustellen, was man gegeneinander aushandeln kann. Ist die Koalition, auf die man sich einer Landtagswahl in Bayern hinarbeitet, erst einmal zusammengebraut, dann liegt eine Fusion nicht mehr weit. Sollte es der SPD gelingen, bei den kommenden Wahlen einen Stimmengewinn zu erzielen, dann wird der Ruf aus beiden Lagern laut werden: Nur der Zusammenschluss kann den Sozialismus in Bayern verhindern!

An einer solchen Fusion sind heute schon namhafte Persönlichkeiten tätig. Es seien hier nur der bayerische Kultusminister Dr. Hundhammer, der frühere Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat a. D. Dr. Fritz Schäffer und Konsul Dr. Wilhelm Schmitthuber genannt, der sehr gute Beziehungen "zu zahlreichen politischen Freunden in Frankreich unterhält, unter denen auch Gaullisten" sind. Das politische Rezept dieser Leute ist einfach und klar und in den Jahren vor 1933 jahrelang ausprobiert worden. Damals hat die Bayerische Volkspartei regiert und niemand konnte die Entscheidungen beeinflussen. Seit 1946 ist die CSU in der "gleichen glücklichen Lage" gewesen. Was liegt

also näher, als diesen Zustand zu verewigen. Allerdings kann man dies eben nur, wenn man Ordnung in der eigenen "Familie" hat. Das ist heute nicht der Fall. Es könnte aber sein, dass dieses Rezept heute nicht mehr verfährt - die Spaltungerscheinungen in der CSU und die Entstehung der Bayernpartei scheinen das zu beweisen - weil sich auch in Bayern nicht zuletzt durch die Flüchtlinge die soziale Struktur verändert hat und noch weiter verändern wird.

- - - - -

CDU, Zentrum und Kirche

sp. Einstimmig haben alle politischen Parteien und öffentlichen Körperschaften Fairness im Wahlkampf gefordert. Ebenso einstimmig sollte die Meinung sein, dass diese Fairness nicht die Verschleierung der auf der Gegenseite begangenen Fehler oder der von dort drohenden Gefahren verlangt, sondern das nüchterne Verharren bei den Tatsachen unter Vermeidung spitzfindiger Verdrehungen. Wenn man sich also über einen fairen Wahlkampf ausspricht, so kann man das in aller Öffentlichkeit tun. In Kreisen der CDU und des Zentrums scheint man anderer Meinung zu sein. Man verhandelt unter dem Stichwort Fairness hinter verschlossenen Türen unter strengster Verschwiegenheit und verkompensiert dabei in Wirklichkeit seine politischen Aspekte. Unter katholisch-kirchlicher Patronanz hatte man in Münster bereits ein Abkommen erzielt. Im wesentlichen handelt es sich dabei um die gegenseitige Enthaltensamkeit in der Wahlpropaganda hinsichtlich der Arbeit im Parlamentarischen Rat auf kulturpolitischem Gebiet. Die Ziele brauchen nicht vermutet zu werden, denn sie werden - jeweils von der Gegenseite - genannt: die CDU hat alles Interesse daran, ihre aus Bonn verbliebenen Schwächen wenigstens von dieser Seite zu decken und dem Zentrum das Wahlargument der einzigen prinzipientreuen Partei zu nehmen, während das Zentrum in seinem Existenzkampf den Rücken von der Fusionstendenz frei haben möchte. Dem Vernehmen nach lautete eine Forderung des Zentrums dementsprechend: Distanzierung der CDU von Dr. Spieker. Dem Paten - man nennt Prälat Böhler den Vertreter des katholischen Episkopats in Bonn - dürfte es auf die Einheit im "christlichen" Lager ankommen.

Soweit war man. Dann leitete Dr. Schreiber, der Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland, die Verhandlungen ein und bezeichnete die innere Situation im Zentrum als eine Katastrophe. Das Zentrum erblickte darin einmal die gefürchtete Fusionstendenz, zum anderen aber auch einen Bruch des Stillschweigeabkommens. Durch persönliche Bemühungen von Dr. Adenauer und entsprechendes Entgegenkommen auf der anderen Seite sollten diese Störungen beseitigt werden. Es kam nicht dazu, denn Dr. Schreiber - auf unterer Ebene vom Zentrum scharf angegriffen - wehrte sich wiederum in der Gegenoffensive. Am Schluss steht die öffentliche Forderung des Zentrums nach einer verbindlichen Stellungnahme der CDU zu den Ausführungen ihres Landesgeschäftsführers.

Es mag dahingestellt sein, ob CDU und Zentrum den Preis für den

Kompromiss nachträglich als zu hoch ansehen und Äusserlichkeiten zum Anlass nehmen, und, ohne Anstoss bei der Kirche zu erregen, mit Manövern auf unterer Ebene den Rückzug antreten, oder ob diese Vorfälle im Gegensatz zum Willen der Parteispitzen geschehen sind. Auf jeden Fall dürfte der Rückzug schwer fallen, denn man hatte die Kirche gebeten, im vorparlamentarischen Raum zu kämpfen und musste ihren ersten Einigungsversuch negativ beantworten. Immerhin dürfte die Kirche aus dem Geschehenen bereits gelernt haben, dass sie sich dabei nicht auf christlichem, sondern auf dem Boden reiner Partei-Intrigen bewegte.

Wie das Geschäft zwischen CDU und Zentrum auch ausgehen mag, es handelt sich dabei um den für beide Parteien nicht einmal unwürdigen Versuch, sich gegenseitig die Schwächen mit einem Mantel der Schonung zuzudecken, um Wähler zu fangen. Man wird aber mit derartigen Kompromissen die politischen Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Die Beine der als "christlich" proklamierten Seite werden dadurch nicht kräftiger. M.

Die unbelehrbare Mehrheit

H.K. Der Länderrat hatte bekanntlich unter massgeblichem Einfluss der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten das gegen die Stimmen der SPD beschlossene Gesetz zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung zurückgewiesen und damit eine erneute Beratung im Wirtschaftsrat notwendig gemacht. Die Sozialdemokraten hatten das Gesetz seinerzeit abgelehnt, weil es die Rechte der Arbeitnehmerschaft in der Selbstverwaltung kürzt und selbst das noch verwirft, was seit dem Bestehen der Sozialversicherung - also schon unter Wilhelm II. - anerkannt war. Von der Möglichkeit, ihren unsozialen Beschluss bei der zweiten Behandlung des Gesetzes revidieren zu können, hat die Mehrheit indessen keinen Gebrauch gemacht. Sie hat vielmehr - natürlich mit den Stimmen ihrer Gewerkschafter - den Einspruch des Länderrates zurückgewiesen und das Gesetz in seiner reaktionären Form bestätigt, so, wie es die Unternehmerverbände in ihrer Stellungnahme vom 18. Mai 1949 gewünscht haben.

Die ursprünglich für Donnerstag, dem 30. Juni auf 15.00 Uhr anberaumte Pressekonferenz im Anschluss an die Vorstandssitzung der SED in Hannover, ist auf 17.00 Uhr am gleichen Tag verlegt worden.